

Flagge zeigen gegen Rechts

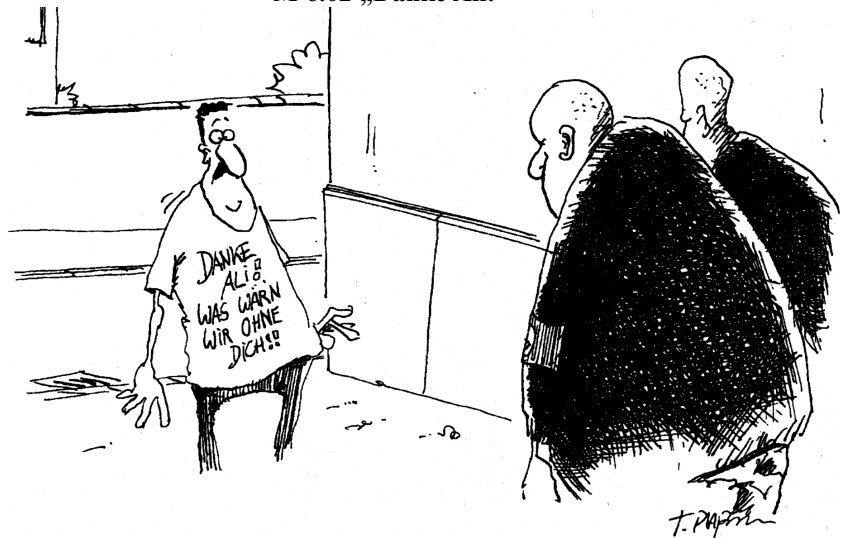
— Zivilcourage ist möglich!

M 6.01 „Appell gegen Rechtsradikalismus“



(H.-J. Starke, in: Thüringer Allgemeine vom 01.08.2000)

M 6.02 „Danke Ali!“



„Würde die Aktion der Sozialversicherer Wirkung zeigen?“

(T. Plassmann, in: Frankfurter Rundschau vom 16.08.2000)

Arbeitshinweis:

Beschreibe die Karikaturen und erkläre ihre Aussageabsicht!

M 6.03 Zivilcourage ist möglich!

Manchmal ist es der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Für Uta Leichsenring, die Polizeipräsidentin im brandenburgischen Eberswalde, war vor rund anderthalb Jahren der Punkt gekommen, wo es ihr gereicht hat.

Über Wochen hinweg hatten damals ein paar Jugendliche an der Bushaltestelle eine Afrikanerin belästigt. Immer am helllichten Tag, immer warteten auch andere Fahrgäste, nie hat jemand etwas gegen die Pöbeleien unternommen. „Irgendwann ist mir mal der Kragen geplatzt“, erzählt die Polizeipräsidentin. Da hat sie einen offenen Brief geschrieben. Alle gucken hin, keiner macht was, hat sich die oberste Polizistin empört. Dass sich die Bürger wehren müssen gegen die Rechten, war der gelernten Ökonomin, die seit 1991 das Polizeipräsidium in Eberswalde leitet, schon seit langem klar. Denn ohne Rückhalt in der Bevölkerung nützt die konsequenteste Polizeiarbeit gegen rechte Gewalttäter nichts. „Wenn die merken, dass sie auf ein stilles Einverständnis stoßen, werden die sich von der Polizei auf Dauer nicht beeindruckt lassen.“

Dass sich in Eberswalde eine Menge getan hat, hängt stark mit der Person der couragierten Polizeipräsidentin zusammen. „Frau Leichsenring ist unsere Galionsfigur“, schwärmt Thomas Melzer. Der Jugendrichter, der im 50 Kilometer entfernten Schwedt arbeitet und selbst häufig über Gewalttäter aus der rechten Szene urteilt, gehört zum „Netzwerk“ für ein tolerantes Eberswalde, das sich vor rund zwei Jahren zusammengefunden hat - eine „bürgerliche Gegenwehr“ gegen die Glatzen, wie Melzer sagt. Die Polizeipräsidentin selbst hat ihn zur Mitarbeit animiert.

Den Negativstempel, eine der braunen Hochburgen in den neuen Ländern zu sein, trägt Eberswalde, eine 46 000-Einwohner-Stadt vor den Toren Berlins, seit 1990. Damals wurde der Angolaner Amadeu Antonio von Skinheads zu Tode geschlagen und getreten, während die Polizei das Geschehen aus sicherer Entfernung verfolgte ohne einzugreifen. „Das hätte nicht passieren müssen und nicht passieren dürfen“, sagt Uta Leichsenring, die erst ein Jahr später nach Eberswalde kam. Heute, da ist sie ganz sicher, wäre ein derartiges Versagen der Polizei nicht mehr denkbar. - In der Tat hat das Polizeipräsidium Eberswalde seither einen Kurs gesteuert, der sich wohlthuend vom teilweise aufreizend passiven Vorgehen an anderen Orten unterscheidet. Dass die rechtsradikalen Umtriebe nur die Jugendsünden einer verirrten Minderheit sind, denen der Alkohol noch zusätzlich das Hirn vernebelt, hat Leichsenring nie geglaubt. Das komme „aus

der Mitte der Gesellschaft“, sagt die Präsidentin und fügt einen Satz hinzu, der vielen Kommunalpolitikern auch heute noch schwer über die Lippen geht. „Natürlich gibt es eine latente Fremdenfeindlichkeit.“ Konsequenter hat Leichsenring ihrem Polizeiapparat eingebläut, wie wichtig der Kampf gegen rechte Gewalt ist, „dass die sehen, da ist eine Gefahr da für die Gesellschaft“. Tagtäglich sei das ein Thema in den Lagebesprechungen. Hat das Wirkung gezeigt? „Ich kann mich auf meine Leute verlassen“, glaubt Leichsenring, „die ziehen mit.“

Einen „kontinuierlichen Beobachtungsdruck“ übt die Polizei auf die rechte Szene aus. „Die sollen deutlich wissen, dass wir sie im Auge haben“, sagt Leichsenring. Erste Erfolge haben sich bereits eingestellt, die Szene sei „verunsichert“. Natürlich haben sich die Rechten in Eberswalde nicht über Nacht in Luft aufgelöst, das wäre eine Illusion. Aber sie sind vorsichtiger geworden. „Die Rechten“, sagt die Polizeipräsidentin, „agieren kaum noch in der Öffentlichkeit.“

Das hat auch Professor Norbert Jung beobachtet. Als der gelernte Biologe, der an der Fachhochschule Eberswalde am Fachbereich für Landschaftsnutzung und Naturschutz lehrt, 1996 von Berlin in die Provinzstadt kam, ist ihm dort sofort eine „dumpfe Atmosphäre aufgefallen“. 1998 gehörte Jung dann zu den Initiatoren des „Netzwerks“. Studenten wollten damals eine Aktionswoche gegen die ständigen rechten Umtriebe veranstalten. „Da habe ich denen gesagt: Das müsst ihr groß aufziehen“, erzählt Jung. Tatsächlich habe die Aktion dann einen „Riesenzulauf“ gehabt und war der Impuls, dass sich das „Netzwerk“ gebildet hat. Rund 60 Leute haben sich mittlerweile zusammengefunden, kein Verein, eher eine lockere Struktur, aufgeteilt in diverse Arbeitsgruppen. Letztes Jahr haben die Leute vom Eberswalder „Netzwerk“ für ihr Engagement die Theodor-Heuss-Medaille bekommen.

Nun muten 60 Leute, von denen einige nur gelegentlich dabei sind, nicht so schrecklich viel an, um sich gegen ein Klima aus Fremdenfeindlichkeit und rechten Hassparolen zu stemmen. Doch Eberswalde ist ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass die so genannten Honoratioren der Gesellschaft mit dabei sind. Die Polizeipräsidentin, Schulleiter und Lehrer diverser Schulen, Professoren der Fachhochschule. Nur der parteilose Bürgermeister Reinhard Schulz hält sich dezent im Hintergrund. Nach der Preisverleihung hat er die Initiative zwar mal kurz im Rathaus empfangen, aber sonst herrscht eher Funkstille.

„Der Bürgermeister könnte etwas mehr machen“, sagt Uta Leichsenring mit leiser Kritik. Auch die anderen Leute vom „Netzwerk“ wollen das Rathaus nicht allzu heftig angehen. Professor Jung hat dem Bürgermeister gerade erst einen Brief geschrieben und die Einrichtung eines runden Tisches gegen den Rechtsextremismus angeregt. Eine Reaktion gibt es noch nicht, der Bürgermeister ist in Urlaub. Dabei wäre es für eine wirklich erfolgreiche „bürgerliche Gegenwehr“ unerlässlich, dass sich gerade die Kommunalpolitiker an die Spitze der Bewegung stellen. „Die Kommunalpolitiker müssen als Kapitäne vorangehen“, fordert Jung, „und sagen: Zur Anständigkeit gehört aufzumucken.“

Dass Aufmucken gegen rechte Gewalttäter möglich ist und sich auszahlt, glaubt auch Bert Weber. Der 43-Jährige ist Jugendrichter am Landgericht Potsdam und hat in den vergangenen Jahren über unzählige Fälle rechter Gewalt verhandelt. „Die Glatzen begehen immer recht feige Taten“, erzählt Weber aus seiner persönlichen Erfahrung. Er kann sich an keinen einzigen Fall erinnern, wo es um einen Einzeltäter ging. Fast immer werden die Attacken aus einer Horde heraus begangen. Und fast immer spielt Alkohol bei den Gewalttaten eine entscheidende Rolle. Exzessives Trinken gehört bei den selbst ernannten Vorkämpfern für ein sauberes Deutschland zum festen Männlichkeitsritual. Auch solche Gruppen, glaubt Weber, seien aber einzuschüchtern, wenn sich die Leute nur endlich entschlossener dagegen wehrten. „Die schrecken sehr zurück, wenn sie merken, dass das nicht hingegenommen wird“, sagt Weber.

Der Richter, der vor zehn Jahren aus Nordrhein-Westfalen nach Brandenburg gekommen ist, hält deshalb bürgerliche Zivilcourage für unabdingbar im Kampf gegen rechte Gewalt. „Wenn die Bevölkerung stillhält, dann fühlen die sich ermuntert, dann sind die wie Fische im Wasser.“

Zur Gegenwehr gehört für Weber auch, dass schon die Kleindelikte wie Schmierereien oder Beleidigungen entschieden verfolgt werden. Die Staatsanwaltschaften seien da „sehr, sehr, sehr engagiert“, sagt Weber und widerspricht klar der gängigen Vermutung, die Justiz gehe zu lasch gegen die braune Szene vor. Auch sein Kollege Thomas Melzer aus Eberswalde hält das Gerücht von den zu milden Strafen gegen Rechte für „eine Schimäre“. Vor kur-

zem hat bei ihm ein notorischer Wiederholungstäter fünf Jahre kassiert.

Doch gerade bei den so genannten Bagatellvorfällen kommt es häufig nicht zur Anzeige. Polizei und Staatsanwaltschaft seien nur so gut wie ihre Zuträger, sagt Richter Weber. Die Bevölkerung habe aber oft einfach Angst, doch die sei beim Gros der Täter „gar nicht angebracht“. Das allerdings sagt sich leicht, wenn man die Glatzen nicht als betrunkene Horde in der S-Bahn vor sich hat, sondern als spießige, stotternde kleine Würstchen auf der Anklagebank.

Aber vielleicht ändert sich das Klima ja tatsächlich allmählich. Die Polizei bekomme seit geraumer Zeit „mehr Informationen aus der Bevölkerung“, sagt Leichsenring. Immer häufiger kann sie deshalb mögliche Straftaten schon im Vorfeld unterbinden. Natürlich sieht die Statistik dadurch freundlicher aus. Das lässt dann Brandenburgs zackigen Innenminister Jörg Schönbohm, der Leichsenring als Polizeipräsidentin gerne loswürde, darüber schwadronieren, dass die Zahl rechtsextremer Straftaten ja kontinuierlich zurückgehe. Für die Polizeipräsidentin ist das eher ein Ansporn zur erhöhten Wachsamkeit. Die rechte Szene sei gerade dabei, sich festere Strukturen zuzulegen, Kristallisationspunkt dieser Entwicklung sei die NPD. Ein Grund übrigens, warum eine Praktikerin wie Leichsenring ganz klare Sympathien für ein NPD-Verbot hat. Dass die Szene dann etwas schwerer zu beobachten sei, müsse man hinnehmen. Wichtiger sei, die Rechten auf breiter Front aus dem öffentlichen Leben zurückzudrängen, damit sie nicht mehr unbehelligt Nachwuchs rekrutieren können. Immer, wenn die Rechten irgendwo in ihrem Gebiet eine Veranstaltung organisieren, schlägt Leichsenring bei den zuständigen Kommunalpolitikern Alarm. Macht was dagegen, organisiert eine Gegenveranstaltung, appelliert sie dann. „Wenn der Verdrängungswettbewerb überall funktioniert“, glaubt die Polizeipräsidentin, „haben die irgendwann keine Chance mehr.“

(aus: Peter Fahrenholz, Zivilcourage ist möglich! In: Die Woche vom 11.08.2000)

Arbeitshinweis:

Stelle aus den Materialien die verschiedenen "Aktionen gegen Rechts" zusammen. Überlege dabei, welche Aktionen von einzelnen oder von Gruppen, von Organisationen oder vom Staat gestartet werden sollten!

M 6.04 Kampf den Nazis!

Was jetzt zu tun ist

Gerade ist der Kanzler von seinem Mallorca-Urlaub heimgekehrt, das nachrichtenarme Sommerloch überstanden. Wird die neue Aufmerksamkeit für den Rechtsextremismus der Rückkehr der bekannten Themen - Steuern, Renten, Arbeitsmarkt - standhalten können? In der Debatte der vergangenen Wochen haben die Initiativen, die sich seit Jahren mit Rassismus und Rechtsextremismus beschäftigen, fast keine Rolle gespielt, ihre Forderungen fanden kaum Gehör. Dafür präsentierten sich Politiker als Kämpfer gegen rechts, die das Problem vor kurzem noch kleingeredet haben. Sie verengten die Debatte auf ein Verbot der NPD. Ansonsten herrscht Ratlosigkeit. Unverständlicherweise, denn die Liste möglicher Aktivitäten ist so lang, dass jede Aufzählung unvollständig bliebe. Vor allem wurde bisher viel zu wenig der Grundsatz beachtet: Staat und Gesellschaft müssen dem Rechtsextremismus mit einer Doppelstrategie entgegentreten, einerseits mit Repression und symbolischen Handlungen, andererseits mit Maßnahmen, die auf langfristige Änderungen zielen, im öffentlichen Klima, in der Ausländerpolitik, bei der Bildung. Der Ruf nach Zivilcourage ist richtig, aber nicht ausreichend. Zivilcourage geht vom einzelnen Bürger aus, rechte Gewalt dagegen von Gruppen. Natürlich muss jeder Einzelne „Gesicht zeigen“. Wo aber Nazis glaubhaft Rache androhen können, ist zuerst der Staat gefordert - wie in vielen Regionen Ostdeutschlands. Seit 1990 haben dort Polizei und Politik die Rechtsextremisten gewähren lassen, wie sie es am linken Rand nie geduldet hätten. Schritt für Schritt haben die Rechten Räume erobert und sich als normal etabliert. Der Staat ist zurückgewichen, nun muss er das Terrain zurückerobern. Damit beginnt denn auch jeder Handlungskatalog im Kampf gegen die Nazis.

1. Präsenz zeigen

Aus Angst vor rechter Gewalt trauen sich Ausländer und Linke in Ostdeutschland vielerorts kaum noch auf die Straße. Das muss sich ändern. In den Regionalzügen können Beamte des Bundesgrenzschutzes mitfahren; auf dem Marktplatz, in der Fußgängerzone, an der Tankstelle - überall, wo sich gewaltbereite Jugendliche treffen - sollten Busse der Bereitschaftspolizei stehen. Bei der Bedrohung durch PKK und RAF hat der Staat auch nicht gefackelt. Und die rechte Gewalt heute ist für ungleich mehr Menschen eine konkrete Bedrohung. Allerdings dürfen die Polizisten, wenn es ernst wird, nicht untätig am Straßenrand stehen.

2. Verbote

Die Innenminister sollten sich nicht an der NPD abarbeiten. Andere Organisationen wären leichter zu treffen: das Skinhead-Netzwerk Blood & Honour zum Beispiel, das eindeutig Gewalt propagiert, oder die Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener, die inhaftierte Nazis betreut. Zudem gibt es bundesweit etwa 200 Kameradschaften, lose Verbindungen von Rechtsextremisten auf lokaler Ebene. Ihre Strategie lautet zwar „Organisierung ohne Organisation“. Dass man zumindest einige trotzdem verbieten kann, hat der Hamburger Senat vergangene Woche mit seinem Vorgehen gegen den Hamburger Sturm gezeigt. Verbote verunsichern die Rechtsextremisten - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Kader werden neue Organisationen gründen, so haben sie es schon mehrfach getan. Eingezeichnetes Vermögen und Arbeitsmittel wie Computer oder Mobiltelefone werden sie

schnell ersetzt haben. Aber indem man ihnen auf den Fersen bleibt, nimmt man ihnen die Ruhe.

3. Null Toleranz

Für rechtsextremistische Symbole darf es keine Nachsicht geben, der Paragraph 86a StGB muss strikt ausgelegt werden. Die Polizeipräsidentin von Eberswalde, Uta Leichsenring, hat damit gute Erfahrungen gemacht. Mitläufer beeindruckt es schon, wenn nach einem Hitlergruß nicht nur die Personalien aufgenommen werden und irgendwann ein Verfahren anläuft, sondern sie - „zur Gefahrenabwehr“ - von der Bierparty direkt in Polizeigewahrsam kommen und dort übernachten. Außerdem könnten Dutzende weiterer Symbole verboten werden, einige germanische Runen etwa, die fester Teil der rechten Subkultur sind. Zwar wird die Szene immer neue Symbole besetzen, aber jedes Verbot kann ein Nadelstich sein, ein Symbol für Wachsamkeit.

4. Schnell urteilen

Je dichter Tat und Sanktion zusammenliegen, desto größer die Wirkung. Mittlerweile sind viele Richter dazu übergegangen, das jeweilige Strafmaß auszuschöpfen. Mit verblüffenden Ergebnissen: Nach einem Prozess in Bernau kullerten bei harten Jungs plötzlich Tränen. Doch jede Gefängnisstrafe verkehrt sich ins Gegenteil, wenn - wie in einigen Jugendknästen - rechte Kader die Herrschaft übernehmen und dort aus dumpfen Schlägern ideologisch geschulte Nazis machen. Hier braucht es mehr und besser ausgebildete Vollzugsbeamte.

5. Massgeschneidert strafen

Warum sollen Jugendrichter nicht ungewöhnliche Auflagen machen? Wird ein Jungnazi zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt, kann ihm während dieser Zeit auch das Tragen der typischen Kleidung verboten werden. Das wirkt durchaus erzieherisch, ohne Springerstiefel und Bomberjacke den Stadtpark harken zu müssen - das ist gar nicht cool.

6. Nazimusik

Flächendeckend muss die Polizei gegen Skinhead-Konzerte vorgehen, hier wird fast immer indizierte Musik gespielt. Sie verbindet die rechte Jugend, dient zur Rekrutierung neuer Anhänger. Einige Länder haben mit rigider Verfolgung bereits Erfolge erzielt. In Thüringen und Sachsen-Anhalt werden Gastwirte mit Info-Blättern aufgeklärt, wie sie getarnte Veranstaltungen schon im Voraus erkennen können.

7. Nazikommerz

In der Bundesrepublik gibt es circa 50 Versandhäuser für rechte Musik-CDs, Propaganda, T-Shirts. Für die Besitzer ist das ein glänzendes Geschäft, die meisten beachten die Gesetze deshalb penibel. Trotzdem müssen die Behörden sie genauestens observieren. Und warum sollen sie nicht mal Besuch von der Steuerfahndung bekommen? - Demokratische Repression: All diese Maßnahmen könnten erreichen, dass sich die Rechten nicht mehr so sicher fühlen

wie bisher und dass sie sich in Ostdeutschland nicht mehr wie selbstverständlich in der Öffentlichkeit zeigen. Das wäre schon ein Fortschritt. Nicht ein einziges Gesetz muss der Staat dazu ändern - und kann doch unmissverständlich bekunden, dass er das rechte Treiben nicht länger hinnimmt.

8. Einwanderung debattieren

Jahrzehntlang hat sich die alte Bundesrepublik belogen, sie sei kein Einwanderungsland. Sie glaubte, sich mit Chancen und Risiken der Immigration nicht auseinander setzen zu müssen - das nährte Vorurteile. Bis vor kurzem waren Ausländer in der öffentlichen Diskussion fast ausschließlich präsent als „Asylbetrüger“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Straftäter, die schnell abzuschieben sind“. Dann kam die Green-Card-Debatte, plötzlich gibt es auch sympathische Ausländer („Computer-Indier“), wird rechte Gewalt zum Standortproblem. Das ist ein Anfang, die offene Diskussion um die Einwanderungspolitik muss weitergehen.

9. Diskriminierung beseitigen

Um glaubwürdig gegen rechte Gewalt vorgehen zu können, darf der Staat selbst keine Ausländer benachteiligen. Solange Farbige bei Polizeikontrollen merken, dass sie farbige sind, klingen antirassistische Politikerappelle hohl. Und solange Asylbewerber unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen müssen, werden sich Rechtsextremisten ermutigt fühlen, Brandsätze auf sie zu werfen.

10. Initiativen unterstützen

Wer Zivilcourage fordert, muss sie auch fördern - er darf sie zumindest nicht behindern. Nach dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge organisierten Jugendliche eine Menschenkette, druckten Flugblätter. Die Polizei hatte nichts Eiligeres zu tun, als Anzeige zu erstatten. Die Bürger hatten auf den Flugblättern das vorgeschriebene Impressum vergessen. Weitere Beispiele? Ein Bürgermeister verweigert einer Initiative die Nutzung kommunaler Räume. Eine CDU-Landtagsfraktion torpediert politische Jugendbildung. Künftig müssen die Politiker auf allen Ebenen klar machen, dass Einmischung erwünscht ist - auch wenn aktive Bürger manchmal lästig sind. Gerhard Schröder könnte bei seiner Sommerreise durch den Osten ein Zeichen setzen. Bei Bündnissen gegen rechts dürfen Antifa-Initiativen, soweit sie gewaltfrei bleiben, und auch die PDS nicht ausgegrenzt werden. Sie sind in der Vergangenheit oft die Einzigen gewesen, die vor der Gefahr warnten.

11. Geld geben

In Ostdeutschland, wo Institutionen und Initiativen der Zivilgesellschaft noch schwach sind, ist darüber hinaus finanzielle Hilfe bitter nötig. Der Kanzler scheint bereit, Geld aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen gegen rechts einzusetzen - Schröder sollte dafür eine Stiftung ins Leben rufen. Als Vorbild könnte die Bundesstiftung Umwelt dienen, vor zehn Jahren nach dem Verkauf des Salzgitter-Konzerns gegründet. Als Sonderprogramm der Regierung dagegen wäre das Geld schlecht angelegt. Soll die Zivilgesellschaft abhängen von Bewilligungen eines

Ministerialbeamten?

12. Die Wirtschaft muss aktiv werden,

wenn es ihr mit der Sorge um den Standort Deutschland ernst ist. Vorbilder gäbe es viele: Die Thüringer Landeszeitung etwa druckte zigtausendfach Plakate und Aufkleber gegen rechts, die Geschäftsführung des Stahlwerkes in Eisenhüttenstadt hat der Belegschaft klar gemacht, dass sie keinen Rassismus duldet. Im Osten, wo Lehrstellen besonders knapp sind, geben rechte Jugendliche offen zu, dass sie genau darauf achten, was der Meister zu ihrer Gesinnung sagt.

13. Die Schule ist der ideale Ort, um über Rechtsextremismus zu reden.

Doch im Osten passiert das kaum. Engagierte Lehrer sind eher die Ausnahme. Viele trauen sich nicht, politische Stellung zu beziehen, weil sie die Schüler zu DDR-Zeiten indoktriniert haben. Durch Fortbildung oder die Einstellung junger Lehrer könnten die Kultusminister gegensteuern. In Sachsen und Sachsen-Anhalt versuchen Privatinitiativen, den Mangel auszugleichen. Da diskutieren Studenten mit Gymnasiasten, Journalisten mit Berufsschülern.

14. Politische Bildung

Viele Ostdeutsche wissen noch immer nicht, wie das neue politische System - die Demokratie - funktioniert, viele wollen es auch gar nicht wissen. Zu groß sind die Enttäuschungen aus dem Wiedervereinigungsprozess. Der neue Staat hat ihr gesamtes Leben durcheinander gewirbelt und ihnen seine Institutionen übergestülpt. Der politische Aufbruch von 1989 war 1990 schon wieder beendet, Runde Tische und Bürgerbewegungen passten nicht in das bundesdeutsche Demokratiemodell. Und durch Erfolg hat es bisher nicht überzeugt: Den Westdeutschen brachte es nach dem Krieg ein Wirtschaftswunder, dem Osten dagegen Millionen Arbeitslose und Perspektivlosigkeit. Kein Wunder also, dass nur wenige das Grundgesetz gegen rechte Schläger verteidigen. Es läge an der ostdeutschen Elite, eine neue Selbstverständigungsdebatte anzuschleppen. Das würde schwierig, auch weil es keine ostdeutsche Öffentlichkeit gibt, keine Zeitung, in deren Feuilleton debattiert werden könnte. Doch der zehnte Jahrestag der Wiedervereinigung könnte Anlass sein für einen neuen Versuch. Der Kampf gegen die Nazis muss auf allen Ebenen geführt werden, vom Staat und von den Bürgern, vor allem aber: länger als einen Sommer.

(aus: Toralf Staud, *Kampf den Nazis! In: Die Zeit vom 17.08.2000*)

Arbeitshinweis:

Stelle aus den Materialien die verschiedenen "Aktionen gegen Rechts" zusammen. Überlege dabei, welche Aktionen von einzelnen oder von Gruppen, von Organisationen oder vom Staat gestartet werden sollten!

M 6.05 Kopf hoch!

Woran erkenne ich eigentlich Rechtsextreme?

Es gibt eine Menge Merkmale, viele sind den meisten Leuten leider völlig unbekannt. Sie denken nur an rasierte Haare, Bomberjacken und Springerstiefel, vielleicht noch an den SS-Totenkopf, das Hakenkreuz und Sütterlinschrift. Aber selbst schlichte Zahlen können rechte Symbole sein: 18 steht zum Beispiel für Adolf Hitler, 88 für Heil Hitler - die Ziffern sind die Plätze der Anfangsbuchstaben im Alphabet. Und 14 steht für die fourteen words, die Losung eines englischen Rechtsradikalen: »We must secure the existence of our people and a future for white children.« Er formuliert darin den Führungsanspruch der weißen Rasse. Weitere Symbole sind allerlei Runen und Militärzeichen, die als Aufnäher auf Jacken getragen werden - das am weitesten verbreitete ist das Keltenkreuz, das einem Fadenkreuz ähnelt. Manche wecken nicht unbedingt die richtige Assoziation: Die Berliner Sektion der Hammerskins, eine Skinhead-Gruppierung, hat zwei Zimmermannshämmer in ihrem Wappen; Stoffaufnäher mit Städtenamen in einem Dreieck sind verbotene Gauabzeichen der NSDAP. Die Abkürzung A.C.A.B., auch auf Jacken zu sehen, bedeutet: »All cops are bastards« - alle Polizisten sind Arschlöcher. Es wird immer häufiger getragen. Beliebt sind auch Sweatshirts der Marken Fred Perry und Lonsdale. Die einen haben als Firmenlogo eine Art Siegerkranz; die anderen lassen unter offenen Jacken nur die Buchstaben »nsda« erkennen, das erinnert an die Naziartei. Illegale Symbole, etwa Hakenkreuze und SS-Abzeichen, bekommt man allerdings sehr selten zu sehen, weil die Rechtsextremen uns Polizisten dadurch eine Handhabe liefern - wer so etwas trägt, den nehmen wir gleich mit. Viele Rechtsextreme hüten sich, durch solche Symbole aufzufallen und uns die Gelegenheit zu geben, gegen sie zu ermitteln. Das sind häufig Führungskader. Sie tragen Anzug und allerhöchstens einen Thorshammer an einer Halskette. Er ist aus Metall und sieht aus wie ein Schiffchen ohne Segel.

(Lothar Spielmann, Inspektionsleiter beim politischen Staatsschutz des Landeskriminalamts Berlin)

Soll ich glatzköpfigen Rechten auf der Straße aufrecht entgegengehen, um zu zeigen, ich habe keine Angst?

Gehen Sie ihnen besser aus dem Weg - umso schneller, wenn die alkoholisiert sind und aggressiv wirken. Wechseln Sie ganz ruhig die Straßenseite. Suchen Sie auf keinen Fall die Konfrontation. Sehen Sie ihnen nicht in die Augen, das wird Ihnen vielleicht schon als Aggression ausgelegt und gibt denen einen Vorwand. Wenn Sie angesprochen werden, kommt es darauf an, wie Sie rhetorisch drauf

sind. Bleiben Sie distanziert! Werden Sie angepöbelt, versuchen Sie, andere Passanten mit einzubinden. Man staunt, wie viele einem helfen. In manchen Bezirken Berlins sind Gruppen Glatzköpfiger auf der Straße ja keine Seltenheit. Lassen Sie sich auf keinen Fall provozieren. Wenn die Rechten den richtigen Grad der Alkoholisierung erreicht haben, sind sie sehr gefährlich. Und wenn die Sie für eine Zecke halten - so nennen sie die Linken - oder wenn Sie dunkle Hautfarbe haben, dann genügt ein kleiner Funke zur Explosion.

(Ein Mitarbeiter der Berliner Spezialeinheit PMS (Politisch Motivierter Straßengewalt) zur Bekämpfung von Rechtsextremismus)

Wie wehre ich mich, wenn mich Skinheads in der S-Bahn einschüchtern?

Die meisten Opfer einer solchen Situation versuchen, die Bedrohung auszusitzen: Sie tun so, als wäre sie gar nicht da. Das gilt auch für die Umstehenden. Wir nennen es den Zuschauereffekt: Wenn etwas Außergewöhnliches passiert, gucken alle interessiert, aber keiner ergreift die Initiative - warum sollte gerade ich etwas tun? Das ist völlig falsch und eine Einladung an die Täter. Wenn Sie das Opfer sind, machen Sie andere Fahrgäste darauf aufmerksam: »Schauen Sie mal, der Mann da hat ein Messer und bedroht mich.« Der Täter sieht dann, alle Augen sind auf ihn gerichtet. Sprechen Sie andere Fahrgäste direkt an: »Sie da, mit dem blauen Jackett, ziehen Sie doch bitte in der nächsten Station die Notbremse.« S-Bahnen halten sofort, U-Bahnen erst an der nächsten Station. Duzen Sie den Täter nicht - die anderen sollen mitbekommen, dass es nicht um eine private Auseinandersetzung geht.

(Winfried Roll, Leiter des Referats Vorbeugung der Berliner Polizei)

Wie helfe ich jemandem, der angepöbelt oder gar verprügelt wird?

Die meisten Leute denken, es gäbe keine andere Möglichkeit, als sich den Tätern mit blanker Brust entgegenzuwerfen. Das ist falsch. Wenn Sie ein Handy haben, rufen Sie die Polizei - und rufen Sie das den Tätern zu, in gehörigem Abstand. Suchen Sie nach Verbündeten unter weiteren Passanten. Sagen Sie zum Nächststehenden: »Wollen wir uns das gefallen lassen? Wir müssen doch etwas tun!« Wenn Sie genügend Helfer haben, bilden Sie einen Sprechchor und schreien: »Aufhören, aufhören!« Was glauben Sie, wie das die Täter irritiert! Auch das Opfer kann Schreien als Waffe einsetzen: Wer hysterisch kreischt, als ob er den Verstand verloren hätte, verunsichert den Täter ebenfalls. Wenn Sie das nicht können: Für diesen Zweck gibt es kleine

batteriebetriebene Geräte. Polizeihunde sind auf das Signal abgerichtet. Ich rate davon ab, CS-Gas oder andere Waffen zu kaufen in der Hoffnung, sie würden einem im Notfall helfen. Sie geben einem ein falsches Sicherheitsgefühl und tragen immer zur Eskalation bei.

(Winfried Roll, Leiter des Referats Vorbeugung der Berliner Polizei)

Hat es Sinn, mit Rechtsextremen zu diskutieren?

Auf der Straße sollten Sie niemanden ansprechen, denn mit Gruppen zu reden bringt nicht viel. Wenn einer Ihrer Bekannten rechtsextreme Meinungen vertritt, kann sich das schon lohnen. Einzelgespräche können Wirkung zeigen. Bei Einsätzen frage ich schon mal: Weißt du, woran du da teilnimmst? Oder: Meinst du, das ist heldenhaft, zu fünf auf einen einzuprügeln? Da fangen viele an, herumzudrücken. Interessant ist immer, ob einer wirklich dahinter steht oder sich nur von Freunden mitreißen lässt - wir nennen sie die »Erlebnisorientierten«. Die sind bestimmt teilweise auch ausländergeföndlich, aber nicht unbedingt auf Randalen aus. Politisch geschulte Rechtsextreme sagen nur: »Sie hören von meinem Anwalt.«

(Ein Mitarbeiter der Berliner Spezialeinheit PMS (Politisch Motivierte Straßengewalt) zur Bekämpfung von Rechtsextremismus)

Mit den meisten rechten Jugendlichen, die ich kenne, kann man reden. Man muss aber vorsichtig sein: Sie sind sehr einfach strukturiert, können nicht gut argumentieren und fühlen sich sofort unterlegen. Ich würde sie auch nicht an der Bushaltestelle ansprechen - und vor allen Dingen um jene einen Bogen machen, die »Hass« eintätowiert haben. Die strahlen das auch aus.

(Filippo Smaldino, Sozialarbeiter, Milmersdorf (Brandenburg))

Wie argumentiere ich gegen Stammtischparolen?

Es ist sehr schwierig, Stammtischsprüchen etwas entgegenzusetzen. Bei den Rollenspielen in meinen Seminaren, in denen wir genau das üben, sind die Stammtischler meistens die Sieger; sie haben einen Wahnsinnsspaß, während die anderen häufig resignieren. Wer gegen simple Parolen angehen will, fühlt sich sofort in der Defensive. Der Gegner lässt sich auf logische Argumente nicht ein und springt von einer Parole zur nächsten. Man muss ihn zwingen, bei einem Thema zu bleiben: »Sie sagen, Ausländer nehmen uns die Arbeit weg. Hat Ihnen schon mal jemand die Arbeit weggenommen?« Das

wird den Gegner wohl selten überzeugen, denn bei ihm handelt es sich meistens um einen autoritären Charakter, der Dissonanzen nicht aushält - deshalb braucht er ja seine Vorurteile, sie stabilisieren sein Weltbild. Es ist aber gut für die Selbstachtung, ihm Paroli zu bieten. Und vielleicht hinterlässt man ja Wirkung bei einem Zeugen des Gesprächs, man weiß ja nie.

(Klaus-Peter Hufer, Politologe, Kempen)

Mein Nachbar hört Marschmusik und hat ein verdächtiges Tattoo. Soll ich ihn anzeigen?

Man sollte alles melden, was einem seltsam vorkommt. Am besten verlässt man sich auf sein Gefühl; man braucht ja keine Angst zu haben vor einer Falschaussage. Die Polizei ist dankbar dafür. Auch für sie ist es oft sehr schwer, verbotene Nazisymbole zu identifizieren. Dasselbe gilt für inkriminierte Musikstücke und Parolen. Verboten sind Hakenkreuze in jeder Form, SS-Runen und Totenköpfe (die mit den zwei Schädelnähten, in Linksperspektive), ebenso das Horst-Wessel-Lied. Unter Strafe gestellt sind Parolen wie »Heil Hitler«, »Sieg Heil« und der Hitlergruß - auch in Abwandlung mit abgespreizten Fingern. Das regelt der Paragraph 86a des Strafgesetzbuchs, der die Verwendung von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen unter Strafe stellt. Entscheidend ist, ob jemand diese Kennzeichen öffentlich zur Schau stellt - sobald ein Skinhead mit einem Hakenkreuz-Tattoo auf dem Schädel die Mütze abnimmt, ist er dran.

(Oliver Tölle, Justiziar der Berliner Polizei)

** Zu einer »Initiative der Vorbilder« haben vorige Woche Bundesregierung und Zentralrat der Juden aufgerufen: Prominente sollen sich dafür einsetzen, dass Deutsche mehr Zivilcourage zeigen und nicht wegschauen beim Anblick rechtsextremer Gewalttaten und Provokationen. Der Verein trägt den Arbeitstitel „Gesicht zeigen“. Ihre Unterstützung zugesagt haben bereits Günther Jauch, Veronica Ferres und Doris Schröder-Köpf. Im September soll es eine Auftaktveranstaltung in Berlin geben.*

(aus: Jörg Burger, Kopf hoch! In: Die Zeit vom 17.08.2000)

Arbeitshinweis:

Stelle aus den Materialien die verschiedenen "Aktionen gegen Rechts" zusammen. Überlege dabei, welche Aktionen von einzelnen oder von Gruppen, von Organisationen oder vom Staat gestartet werden sollten!

Eure Projekte

Gibt es an eurer Schule „Ideen gegen Rechts“?
Ihr könnt im Internet auf unserer Homepage "schule-fuer-toleranz.de" unter der Adresse <http://www.schule-fuer-toleranz.de/projekte> auf Eure Projekte hinweisen.

Hier findet Ihr zahlreiche Ideen und Projekte von anderen Jugendlichen, Schule, Jugendgruppen, etc.

Mit dieser Seite wollen wir der Öffentlichkeit zeigen, dass Jugendliche (auch im Internet und mit eigenen Ideen) gegen Rechts aktiv werden — langfristig entsteht hier so eine umfangreiche Galerie von kreativen Projekten, die anderen Jugendlichen als Anregung für eigene Projekte dienen können.

Logo für Eure (Schul-)Homepage

Als Zeichen gegen Rechts könnt Ihr das Logo von "schule-fuer-toleranz.de" auf Eurer (Schul-)Homepage einbinden und mit der Seite der Schul-Projekte (s.o.) verlinken.

Falls Ihr nicht genau wissen solltet, wie das funktioniert, fragt einfach einen Vertreter der Computer- oder Internet-AG an Eurer Schule - die können mit Sicherheit behilflich sein.

Rechts findet Ihr von den Logos zwei Varianten:
a) das erste Logo ist etwas breiter als das zweite,
b) das zweite Logo ist kleiner, dafür aber animiert - am besten schaut Ihr Euch die Logos auf der Homepage zu den Projekten an. Dort könnt Ihr diese auch downloaden.

